

Die Welt regieren

21.12.2017

BERLIN (Eigener Bericht) - Mit Blick auf die zunehmende Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten und China dringen Berliner Regierungsberater auf eine entschlossene deutsch-europäische Machtpolitik. Deutschland müsse "alles in seiner Macht Stehende tun", um die EU "als eigenständigen weltpolitischen Machtfaktor ... zu etablieren", heißt es in einer aktuellen Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Nur so habe man "eine Chance, die internationale Ordnung zu beeinflussen". Dies sei auch deswegen nötig, weil die Bundesrepublik ihren Reichtum zu großen Teilen aus dem Export ziehe und daher auf eine "Welt-Ordnungspolitik" im Sinne der deutschen Wirtschaft angewiesen sei. Der Vorstoß aus der SWP entspricht in wichtigen Teilen Einschätzungen und Forderungen, die Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) kürzlich geäußert hat. Er erfolgt, während US-Präsident Donald Trump Russland und China ausdrücklich als "harte Rivalen" eingestuft hat. Die SWP gibt sich optimistisch: "Für neue Formen des Weltregierens sind Deutschland und Europa ... besser gerüstet als andere Ordnungsmächte."

Die neue Bipolarität

Grundsätzlich geht die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in ihrer neuen Studie davon aus, dass die Weltpolitik künftig maßgeblich von den USA und China geprägt wird. Russland wird in diesem Zusammenhang nicht eigens genannt. "Nach gegenwärtigem Stand und aktuellen Tendenzen" seien die Vereinigten Staaten und die Volksrepublik "als wichtigste globale Ordnungsmächte anzusehen", heißt es in dem SWP-Papier: Es entstehe "eine neue, komplexe Bipolarität", die "durch intensive Konkurrenz sowie ausgeprägte wechselseitige Interdependenzen und Verwundbarkeiten" gekennzeichnet sei. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen Washington und Beijing sei "eine der vorrangigen", möglicherweise sogar "die entscheidende strukturbildende Größe der künftigen internationalen Ordnung".[1]

"Eine neue Ära des Wettbewerbs"

Eine Antwort auf die Frage, wie sich die zentralen Beziehungen zwischen Washington und Beijing künftig entwickeln könnten, hat in dieser Woche die US-Administration gegeben. Wie es in der am Montag vorgelegten neuen "Sicherheitsstrategie" der Vereinigten Staaten heißt, seien China und Russland "revisionistische Mächte", die "entschlossen" seien, "ihren Einfluss auszuweiten". Dazu seien sie bestrebt, "ihre Streitkräfte wachsen zu lassen", heißt es weiter.[2] Die massive Erhöhung des US-Militäretats, der seit Jahrzehnten den russischen wie auch den chinesischen um ein Mehrfaches übertrifft, lässt die "Sicherheitsstrategie" unerwähnt. US-Präsident Donald Trump hat in einer Rede sowohl Russland wie auch China als "harte Rivalen" bezeichnet, die "Amerikas Einfluss, Werte und Reichtum herausfordern". Insbesondere China sei ein "strategischer Wettbewerber", der in die Schranken gewiesen werden müsse - vor allem ökonomisch, äußerte Trump: "Wir befinden uns in einer neuen Ära des Wettbewerbs."[3]

Die Weltexportordnung

Mit Blick auf die wachsende Rivalität zwischen Washington und Beijing erklärt die SWP in ihrer neuen Studie, Deutschland könne sich nicht einfach auf eine Seite schlagen: "Weder die USA noch die Volksrepublik China bieten die Gewähr dafür, dass eine aus deutscher und europäischer Sicht unumgängliche multilaterale Welt-Ordnungspolitik betrieben wird." Zentrale Anforderungen, die gemäß deutschen Interessen an die "Welt-Ordnungspolitik" zu stellen seien, ergeben sich laut SWP daraus, dass "Deutschlands Volkswirtschaft und sein gesamtgesellschaftlicher Wohlstand" wegen der deutschen Exportorientierung besonders "stark von einer offenen, regelbasierten Weltwirtschaftsordnung" abhingen. Habe der Anteil der Exporte am Bruttoinlandsprodukt

im Jahr 2015 in Deutschland bei 47 Prozent gelegen, so habe er in Frankreich und Italien nur 30, in Großbritannien nur 27 Prozent betragen; "unter den größeren Industriestaaten" sei "nur Südkorea ähnlich exportabhängig". Tatsächlich wird die exzessive deutsche Exportfixierung, die laut SWP in der Weltordnung berücksichtigt werden muss, seit Jahren international scharf kritisiert: Zum einen hat sie maßgeblich dazu beigetragen, die Länder Südeuropas in die Krise zu stürzen [4]; zum anderen sind seit dem Amtsantritt von Präsident Donald Trump die Vereinigten Staaten nicht mehr bereit, den deutschen Wohlstand jedes Jahr mit einem 50 Milliarden US-Dollar schweren Minus in ihrer Handelsbilanz gegenüber der Bundesrepublik zu finanzieren (german-foreign-policy.com berichtete [5]).

"Eigene Gestaltungsmacht"

In Erkenntnis der Tatsache, dass das deutsche Establishment sich bei der Verteidigung seines Wohlstands nicht nur weiter erstarkender Unternehmenskonkurrenz aus China, sondern auch neuen Widerständen aus den Vereinigten Staaten gegenüber sieht, heißt es bei der SWP, man müsse künftig kompromisslos auf "eigene Gestaltungsmacht" setzen: "Deutschland muss ... alles in seiner Macht Stehende tun, um Europa als eigenständigen weltpolitischen Machtfaktor im Sinne seiner ordnungspolitischen Konzeptionen zu etablieren." "Nur als Machtfaktor mit eigenständigem Gestaltungspotential haben Deutschland und Europa eine Chance, die internationale Ordnung zu beeinflussen", heißt es weiter. Dazu müssten jetzt rasch die Voraussetzungen geschaffen werden. Unumgänglich sei es, "die verfügbaren finanziellen Ressourcen in allen Teilbereichen der Außen- und Sicherheitspolitik" in Zukunft "nicht nur absolut, sondern auch relativ" auszuweiten: So müsse "der Gesamtanteil der öffentlichen Ausgaben für die Gestaltung der deutschen Außenbeziehungen" von der klassischen Außen- über die Militär- bis zur Entwicklungspolitik "möglichst rasch von derzeit rund 15 ... auf 20 Prozent des Bundeshaushalts" erhöht werden. Die "Friedensdividende", die darin bestanden habe, die "Ausgaben für die Außen- und Sicherheitspolitik zugunsten der Sozialausgaben" zu reduzieren, müsse rückgängig gemacht werden. Insgesamt gibt sich die SWP recht optimistisch: "Für neue Formen des Weltregierens sind Deutschland und Europa ... besser gerüstet als andere Ordnungsmächte."

"Das wird nicht angenehm"

Der Tenor der SWP-Studie entspricht in zentralen Aspekten Einschätzungen und Forderungen, mit denen Außenminister Sigmar Gabriel zu Monatsbeginn an die Öffentlichkeit getreten ist. Gabriel gab sich in einer Rede auf dem prominent besetzten "Berliner Forum Außenpolitik" der Hamburger Körber Stiftung und des Auswärtigen Amtes nicht nur überzeugt, "die globale Dominanz der USA" werde inzwischen "langsam Geschichte". Der Minister äußerte auch, Deutschland und die EU würden von der US-Administration heute "als Wettbewerber und manchmal sogar als mindestens ökonomische Gegner" eingestuft. Berlin und Brüssel müssten deshalb "ein strategisches Verhältnis zu den USA" finden.[6] Gleichzeitig erklärte Gabriel, die EU sei bisher noch "kein echter Faktor in der Welt": Es "hapert ... an der Machtentfaltung". Umso "dringender" sei es deshalb, "dass Europa sich auf seine Interessen besinnt und sich Gestaltungsmacht erarbeitet". "Dann stellen sich Machtfragen", kündigt Gabriel an: "Das wird nicht angenehm".

"Kaum zu antizipieren"

Letzteres scheint auch die SWP-Studie zu bestätigen, die ausdrücklich warnt, "dass künftige Entwicklungen kaum noch zu antizipieren sind". Wie der vom Kanzleramt finanzierte Think-Tank urteilt, brauche die Außenpolitik Berlins und Brüssels "mehr Flexibilität und größere Flexibilitätsreserven": Dies schließe "personelle und ideelle Ressourcen ebenso ein wie materielle und finanzielle". Als wie bedrohlich in der SWP die Ungewissheiten der Zukunft eingeschätzt werden, lässt der Vorschlag erahnen, in den Berliner Ministerialbürokratien flexible Kräfte für unvorhergesehene Ereignisse dauerhaft frei verfügbar zu halten: "Flexibilitätsreserven zu schaffen könnte etwa heißen, einen Teil des Personals des Auswärtigen Amtes in der Zentrale ohne feste Aufgaben einzusetzen."

Das Risiko des Scheiterns



Dabei herrscht, glaubt man Gabriel, in Berlin durchaus Skepsis, ob der geforderte Kraftaufwand zum Erfolg führen kann. "Wir müssen handeln", erklärte der Außenminister in seiner Rede Anfang Dezember, "auch wenn jedes aktive Vorgehen ein Risiko in sich birgt - das Risiko des Scheiterns." Ohne zu erläutern, welche Folgen das "Scheitern" des Versuchs haben kann, sich als Weltmacht zu positionieren, folgerte Gabriel: "Dieses Risiko können wir uns nicht ersparen." [7]

[1] Zitate hier und im Folgenden aus: Hanns W. Maull (Hg): Auflösung oder Ablösung? Die internationale Ordnung im Umbruch. SWP-Studie S 21. Berlin, Dezember 2017.

[2], [3] Trump: Russland und China sind revisionistische Mächte. Frankfurter Allgemeine Zeitung 19.12.2017.

[4] S. dazu Unter der deutschen Rute (II) (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/6395/>) und Riskante Überschüsse (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7075/>).

[5] S. dazu Der transatlantische Handelskrieg (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7203/>) und Der Strafzoll-Streit (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7242/>).

[6] S. dazu Gabriels Kampfansage (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7470/>).

[7] S. dazu Europas Machtentfaltung (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7469/>).

© German News Information GmbH

info@german-foreign-policy.com (<mailto:info@german-foreign-policy.com>)

